Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 213. **Mittwoch** den 1. August 1883. **77. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der diesjährige **internationale Productenmarkt** wird

Montag, den 6. August dieses Jahres,

in den Localitäten des Krystallpalastes (altes Schützenhaus) hierselbst abgehalten werden.

Leipzig, den 28. Mai 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Das 7. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 17. August d. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich **aushängen**. Dasselbe enthält:

Nr. 22. Bekanntmachung, die Errichtung des selbstständigen Gutsbezirks „Albertstadt" betreffend; vom 13. Juni 1883.

Nr. 23. Verordnung, die Abtretung von Grundeigenthum zur Erbauung einer schmalspurigen Secundär-Eisenbahn von Klotzsche nach Königsbrück betreffend; vom 25. Juni 1883.

Nr. 24. Verordnung, Gnadengesuche in Verwaltungsstrafsachen in Angelegenheiten der directen Staatssteuern betreffend; vom 4. Juli 1883.

Nr. 25. Verordnung, die Prüfung der Aerzte, Zahnärzte und Apotheker in Leipzig betreffend; vom 20. Juli 1883.

Leipzig, den 31. Juli 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Brendel.

Bekanntmachung.

Der zweite Termin der städtischen Grundsteuer ist am 1. August dieses Jahres nach Eins vom Tausend des im Kataster eingestellten Grundwerthes nebst der Kirchenanlage für die evangelisch-lutherischen Kirchen vom Grundbesitz nach Höhe von Elf Pfennigen auf eine Einheit — = 1000 ℳ — fällig.

Diejenigen Grundstücksbesitzer, welche Mitglieder einer andern mit eigenem Gotteshaus am Orte bestehenden anerkannten Religions- oder Confessionsgemeinschaft sind, haben nur den dritten Theil des sonst auf ihren Grundbesitz beziehentlich Antheil fallenden Beitrages zu den Parochialanlagen zu entrichten.

Die Steuerpflichtigen werden deshalb aufgefordert, ihre Steuerbeträge von dem Termine ab bis spätestens 14 Tage nach demselben an unsere Stadtsteuereinnahme, Brühl 51, zu entrichten, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist gegen die Restanten das Beitreibungs-Verfahren einzuleiten ist.

Leipzig, den 26. Juli 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Koch.

Bekanntmachung.

Der am 1. August a. c. fällige zweite Termin der Staatsgrundsteuer ist in Gemäßheit des Gesetzes vom 9. September 1843 in **Verbindung** mit der durch das **Gesetz** vom 3. Juli 1878 getroffenen Aenderung nach

Zwei Pfennigen von jeder Steuereinheit

zu entrichten und werden die Steuerpflichtigen hierdurch aufgefordert, **ihre Steuerbeiträge von genanntem Tage ab bis spätestens 14 Tage nach demselben** an unsere Stadtsteuereinnahme, Brühl 51, abzuführen, da nach Ablauf dieser Frist die gesetzlichen Maßnahmen gegen die Säumigen eintreten müssen.

Leipzig, den 26. Juli 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Koch.

Bekanntmachung.

Die Herstellung des Trottoirs zu beiden Seiten der Fahrstraße über den Augustusplatz soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Trottoirs am Augustusplatz"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 9. August cr. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 25. Juli 1883.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbaudeputation.

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer 40 Centimeter weiten Thonrohrschleuße mit 20 Centimeter weiten Nebenschleußen in der Fahrstraße des Augustusplatzes soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Schleußenbau am Augustusplatz"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 7. August cr. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 28. Juli 1883.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Erstatteter Anzeige zufolge ist das für die Dienstmagd Emilie **Rockstroh aus Wehlitz** unterm 4. Januar 1876 vom Gemeindevorstand zu Schkeuditz ausgestellte Dienstbuch in hiesiger Stadt verloren gegangen.

Wir fordern zur alsbaldigen **Abgabe des Buches** an uns auf, falls dasselbe aufgefunden worden sein sollte.

Leipzig, am 28. Juli 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.: Junck, Pol.-Rath. G.

Königliche Baugewerkenschule zu Leipzig.

Der Unterricht in dem **bevorstehenden Wintersemester beginnt**

Mittwoch, den 3. October früh 8 Uhr.

Die **Prüfung** Neueintretender, welche unmittelbar einen höhern Cursus besuchen wollen, sowie Derjenigen, bei welchen dieses von einer Nachprüfung abhängig ist, ist auf

Sonnabend, den 29. September früh 8 Uhr,

die **Prüfung** der für den 1. Cursus sich Meldenden auf

Montag, den 1. October früh 8 Uhr

festgesetzt.

Anmeldungen Neueintretender sind **schriftlich oder mündlich** beim Director (**Leibnizstraße 25**) **bis zum 29. September zu bewirken.**

Der **Eintretende** hat durch Zeugniß den Nachweis zu führen, daß er 1) das 16. Lebensjahr vollendet hat,
2) daß er mindestens zwei Halbjahre im Baugewerbe praktisch thätig war,
3) daß er sich bisher gut führte,
4) daß er eine Vorbildung besitzt, wie sie als Ziel der Volksschule festgesetzt wurde,
5) daß er geimpft ist.

Bei höherer Vorbildung, wenn sie durch ein Berechtigungszeugniß zum Einjährig-Freiwilligendienst, oder durch ein Zeugniß mit guten Fortschrittscensuren über den Besuch einer Realschule I. Ordnung, oder ein die gleiche Ausbildung bekundendes Zeugniß einer anderen öffentlichen Bildungsanstalt nachgewiesen wird, fällt die Aufnahme-Prüfung weg und können bezüglich der Aufnahme-Bedingungen unter 1 und 2 Erleichterungen gewährt werden.

Frühere Schüler der Anstalt, welche in einen höheren Cursus eintreten wollen und berechtigt sind, dies ohne Nachprüfung zu thun, haben sich mit einem Zeugniß über ihre praktische Thätigkeit im letzten Halbjahre

Dienstag, den 2. October, zwischen 8 und 10 Uhr im Schullocale

vorzustellen.

Leipzig, im Juli 1883.

Die Direction.
Wilh. Hey.

Nächsten Freitag, den 3. August d. Js.,

von Vormittag 10 Uhr an

sollen **im Hausgrundstücke Nr. 7 in der Gutritzscher Straße allhier**

1 Viehtransportwagen, 1 kleiner Kutschwagen, 2 Fleischtransportwagen, drei Pferde- und ein Hundegeschirr, 1 Wurstspritze, 1 Fleischwolf, 1 Würfelspeckschneidemaschine, 1 Wiegeblock mit 6 Schneiden, 1 Holzblock mit Messer, 2 Ladentafeln mit Marmorplatten, 2 Standwagen, 1 Eisschrank, 2 Wannen, 1 Schleifstein, 1 Brückenwaage, 1 eiserner Geldschrank mit Pult

öffentlich an die Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 28. Juli 1883.

Trauer, Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Theil.

Der estnische Nihilismus.

Von den russischen Ostseeprovinzen und ihren eigenartigen Zuständen ist in der Regel in der deutschen Presse nur wenig die Rede, wiewohl auch das dortige Deutschthum gegen seine Widersacher schon seit langer Zeit einen schweren Kampf zu führen hat. Die jüngsten Nachrichten, welche von dort eingegangen sind, lassen geradezu darauf schließen, daß die Erbitterung und der Fanatismus der Parteien bereits einen Grad erreicht haben, welcher für die nächste Zukunft das Schlimmste befürchten läßt.

Die Voraussicht aller Verständigen, daß die socialpolitischen Lehren des radicalen Jung-Estenthums, die in dem Schlachtrufe „Land und Freiheit" gipfeln, schließlich zum nackten Nihilismus führen würden, hat sich leider bereits bestätigt, ja die Regierung sieht sich gegenwärtig genöthigt, ihre volle Aufmerksamkeit auf die wachsende Bewegung in den Ostseeprovinzen zu richten. Man dürfte sich erinnern, daß Kaiser Alexander III. während der Krönungstage in Moskau sich veranlaßt sah, einige unzweideutige aufklärende Worte an die Vertreter der russischen Bauernschaft bezüglich der Landvertheilungs-Gerüchte zu richten. Mehrere estnische Blätter, darunter der „Olewik", brachten entweder die Ansprache des Kaisers gar nicht oder legten dieser einen geradezu gegentheiligen Sinn unter, der erst durch amtliche Bekanntmachungen berichtigt werden mußte. Die Führer der Jung-Esten, darunter der berüchtigte Maert Mitt, fanden indeß trotzdem Mittel, die amtlichen Richtigstellungen, die sich gegen die nihilistische Bewegung kehrten, als Waffe gegen die besitzende Classe zu gebrauchen. Man redete den Bauern ein, die Deutschen hätten den Zaren durch lügenhafte Vorspiegelungen und Ränke gewonnen und ihn ihrer Partei geneigt gemacht. Namentlich in der Umgebung Dorpats und auch im Werro'schen Kreise ist diese Ansicht allgemein verbreitet und wird dort, wie es amtlich erwiesen, von den nihilistischen Führern gründlich ausgebeutet.

Auf dem Gute Kapin fielen beispielsweise dem Gemeinde-Vorsteher mehremals unter den durch seine Hände gehenden Postsachen Briefe auf, welche an den Wirth des Dorfes Paulenhof gerichtet waren. Ein solcher verdächtiger Brief wurde schließlich amtlich geöffnet; man fand, daß er von einem Telegraphisten, einem Verwandten des Wirthes, in Dorpat stamme. Die Vermuthung, daß es sich da um eine nihilistische Correspondenz handle, hat sich völlig bestätigt. Der Telegraphist pries seinen Verwandten die nihilistischen Lehrsätze und behauptete unter Anderm, die Esten könnten mit den Deutschen nur dann fertig werden, wenn sich jene vollends der mächtigen nihilistischen Partei anschlössen. Der Telegraphist und der Wirth wurden selbstverständlich verhaftet; bei der Durchsuchung, die man im Hause des Letzteren vornahm, wurden noch andere aufrührerische Correspondenzen, sowie nihilistisch-deutschfeindliche Flugschriften gefunden, welche wahrscheinlich in Dorpat gedruckt worden sind. Durch dieses Einschreiten ist indeß der deutschfeindlichen Agitation keineswegs Einhalt gethan worden, ja es ist höchst bemerkenswerth, daß selbst die evangelische Landgeistlichkeit sich dem wüsten Treiben gegenüber völlig passiv verhält. In manchen Dörfern machen sogar die orthodoxen Geistlichen mit den estnischen Bauern gemeinsame Sache. In dieser Beziehung ist erst kürzlich den Behörden ein bezeichnender Vorfall zur Kenntniß gekommen. Auf dem Krongute Heimatra, zwischen Dorpat und Werro, hatten die Jung-Esten aus irgend einem Anlasse sich die Erlaubniß zu einer kirchlichen Feier nach lutherischem Ritus erbeten. Man wunderte sich aber im Dorfe, daß der Pastor gar keinen Gottesdienst hielt, sondern sich in der Kirche unter die Bauern mischte und mit diesen über ihre „bedrängte Lage" sprach. Bald stellte es sich auch heraus, daß an jenem Tage weniger ein Gottesdienst, als vielmehr eine deutschfeindliche Versammlung in der Kirche stattgefunden habe, in welcher der estnische Gemeindeschreiber von Heimatra seine Landsleute aufforderte, die Deutschen aus dem Lande zu jagen, weil nun dazu der günstigste Zeitpunct gekommen wäre. Wollten die Deutschen nicht willig weichen, schrie der Schreiber den Bauern in der Kirche zu, so möge man sie ohne Weiteres gewaltsam vertreiben. Viele Bauern nahmen diese Aufforderung mit Beifallsgeschrei auf, aber einige ältere Leute schüttelten dazu doch bedenklich die Köpfe und meldeten den ganzen Vorgang der Gutsverwaltung. Die darüber eingeleitete Untersuchung schwebt noch gegenwärtig, aber es dürfte dabei wenig heraus kommen, weil schließlich die beiden estnischen Bauern, welche die Meldung an die Gutsverwaltung gemacht, ihre Angaben nicht beschwören wollen.

Wie sicher die estnische Bauernschaft auf ein Krönungsmanifest gehofft, welches ihr das Land und die Güter der Deutschen zusprechen sollte, geht unter Anderm aus einem allerdings scheinbar komischen Falle hervor, der sich einen Tag vor der Krönung in der großen Dorfschänke bei Neuhausen ereignete. Dort hatten sich mehrere hundert Bauern versammelt, die sich sehr eifrig über die nach ihrer Meinung unmittelbar bevorstehende Land- und Güterverteilung besprachen. Schließlich entstand aber unter den angetrunkenen Bauern eine fürchterliche Prügelei und zwar aus dem sonderbaren Grunde, weil sich die Streitenden über die Theilung des Gutslandes, der Gebäude, Maschine und Geräthe nicht einigen konnten.

Solche Vorgänge mögen sich, wenn man sie von fern betrachtet, immerhin komisch ausnehmen, wer aber die Verhältnisse im Lande kennt, wird erstere jedenfalls für sehr beunruhigende Wetterzeichen halten müssen.

In Dorpat, wo noch immer der Streit um die Universität tobt, sehen die Dinge auch wenig vertrauensvoll aus, kurz, die ganze Lage des Landes kann, zumal für die Deutschen, als wenig beruhigend bezeichnet werden.

Es fehlt auch nicht an terroristischen Einschüchterungen der schlimmsten verbrecherischen Art. So ist unter Anderm sehr auffällig, daß sich in Dorpat und dessen Umgebung die Brände in erschreckender und bisher unerklärlicher Weise mehren; ja man ist überzeugt, daß in den meisten Fällen Brandstiftung vorliegt, wiewohl bis jetzt ein Thäter nicht ergriffen werden konnte. Eigenthümlicher Weise brennt es in der Regel nur in solchen Häusern, in denen Mitglieder der Studentenverbindung „Fraternitas Rigensis" wohnen. Auch ist bemerkt worden, daß zuerst immer die Holztreppen zu brennen beginnen, so daß eine Rettung der Bewohner nur durch die Fenster möglich ist. Bei dem Versuche, aus den Fenstern zu springen, sind bereits drei Mitglieder der genannten Studentenverbindung verunglückt. Man glaubt, daß diese sich den Haß der Jung-Esten in der diesjährigen Walpurgisnacht zugezogen hat, in der es zwischen diesen und den „Rigensern" zu einem förmlichen Kampfe kam. Die Esten, welche unterlagen, schwuren damals den Studenten Rache und damit bringt man nun die zahlreichen Feuersbrünste in Verbindung.

Mit einem Worte, von den geordneten Zuständen, die seiner Zeit in den Ostseeprovinzen als nachahmungswürdiges Beispiel für das übrige Rußland geherrscht haben, ist gegenwärtig kaum mehr eine Spur vorhanden, denn überall gährt es und drängt einer gewaltsamen Entscheidung zu.

Leipzig, 1. August 1883.

* Vor Kurzem reproducirten wir den Bericht des „Reichs-Anzeigers" über den gegenwärtigen Stand der Verarbeiten für das deutsche bürgerliche Gesetzbuch. In der „Allg. Ztg." knüpft eine offenbar sachkundige Feder an jenen Bericht eingehendere Bemerkungen. Wir heben folgende hervor:

Ueberblickt man die bisherigen Resultate der Arbeiten der Commission, so ist nicht zu verkennen, daß die Berathung des allgemeinen Theils des Gesetzbuches und namentlich die beinahe vollendete Durchberathung des Obligationenrechts ein gewaltiges Stück Arbeit ist. Die künftige Berathung des Familienrechts steht an Umfang und Schwierigkeit weit hinter derjenigen des Obligationenrechts zurück, auch die Berathung des Erbrechts kann sich in beiden Beziehungen mit letzterer nicht messen, und was das Sachenrecht anbelangt, so concurrirt zwar hier die bedeutendste Verschiedenartigkeit particularer Rechtssysteme; wenn indessen, wie zu vermuthen steht, die preußische Grundbuch-Ordnung zum Ausgangspuncte genommen wird, so kann auch dieser Abschnitt nicht allzu viele Zeit in Anspruch nehmen. Hierzu tritt, daß, was beim Obligationenrechte bedauerlicherweise nicht der Fall war, die Berathung der letztgenannten drei Abschnitte ihren ungehinderten Fortgang nehmen kann, da die betreffenden Theilentwürfe vollständig fertig vorliegen. Andererseits kommt freilich in Betracht, daß die gegenwärtige Commissionsberathung mehr nicht bezweckt, als einen Gesammtentwurf des Gesetzbuches vorzubereiten, daß die erste Lesung dieses Entwurfs (wenn auch in abgekürzter Weise) noch nachzufolgen hat, daß erst, nachdem der hieraus hervorgegangene Gesammtentwurf der allgemeinen Kritik und vornehmlich der Prüfung seitens der verbündeten Regierungen unterstellt ist, die zweite Lesung stattfinden kann, worauf sodann die keineswegs leicht zu nehmende parlamentarische Behandlung des Gegenstandes ihren Anfang nehmen wird. Ueberdies kommt auch noch als ein gewichtiger Factor in Betracht, daß, nachdem die fünf oben genannten Theilentwürfe durchberathen sind, an die Revision des Handelsgesetzbuches gegangen werden muß, und daß eine gleichzeitige Revision der Wechselordnung ebenfalls nicht zu umgehen ist. Man sieht, es sind noch riesige Arbeiten, welche bewältigt werden müssen, und es ist darum nicht zu viel gesagt, daß trotz neunjähriger Arbeit erst der kleinere Theil der ganzen Aufgabe erfüllt ist. Nichtsdestoweniger ist kein Grund vorhanden, sich wegen Erreichung der Aufgabe Befürchtungen hinzugeben. Die Nation muß ein einheitliches Civilgesetzbuch haben, und sie wird es bekommen, daran hat noch den Ereignissen der letzten Jahrzehnte kein Einsichtiger gezweifelt. Heut zu Tage aber sind die Codificationsarbeiten bereits in ein solches Stadium vorgerückt, daß nicht blos das endliche Gelingen des großen Werkes mit Sicherheit garantirt, sondern auch der Zeitpunct desselben in nicht allzu großer Ferne zu suchen ist.

* Ueber die **Krisis in der Reichsmarine** schreibt die „Vossische Zeitung" an hervorragender Stelle:

Die Krisis in der Marine, welche in den Iden des Märzes begann, als einer der jüngsten Generallieutenants, der bisher niemals ein Interesse für die Marine gezeigt hatte, zu ihrem Chef ernannt wurde, hat jetzt mit der Pensionirung von Vice-Admiral **Batsch** und Contre-Admiral **Berger** ihr Ende gefunden. Während die Bewilligung des Abschiedsgesuches von Contre-Admiral Berger, des bisherigen Chefs der Marinestation der Nordsee, in den betheiligten Kreisen nicht bezweifelt wurde, waren die Ansichten bis zum letzten Augenblick darüber getheilt, ob Admiral Batsch auf seinem Posten bleiben werde oder nicht. Erst vor kurzer Zeit lief die Notiz durch die Zeitungen, daß Vice-Admiral Batsch die Geschäfte der Ostseestation wieder übernommen habe, aber es erwies sich sehr bald, daß die Nachricht falsch sei. Als richtig dagegen hat sich unsere Ansicht herausgestellt, daß an maßgebender Stelle bis Ende vorigen Monats der Wunsch festgehalten ist, Admiral Batsch im Dienste zu erhalten. Aus der (von uns mitgetheilten) kaiserlichen Cabinetsordre vom 21. Juli geht deutlich hervor, daß das erste im April d. J. eingereichte Abschiedsgesuch des Admirals abschlägig beschieden worden. Erst auf das erneuerte Gesuch vom 4. Juli ist in der ehrendsten Weise die erbetene Zurdispositionsstellung erfolgt.

Wir haben uns schon früher mit der Eventualität des Rücktritts von Vice-Admiral Batsch beschäftigt und die Erwägungen, welche wir damals anstellten, können wir nur in vollem Umfange aufrecht erhalten; sie gipfelten in den Worten: „Das Urlaubsgesuch von Vice-Admiral Batsch zwingt eben deshalb so sehr zur Beachtung, weil es von symptomatischer Bedeutung ist. Nach den ganz außerordentlichen Anstrengungen, welche die Marine in den letzten Jahren gemacht hat, und nachdem ihre personelle Leistungsfähigkeit von keiner Marine mehr übertroffen wird, hatte sie ein starkes Gefühl ihrer Selbstständigkeitsberechtigung gewonnen und schon seit Jahren die sichere Erwartung gehegt, daß es ihr vergönnt sein werde, ihre zukünftige Entwickelung aus sich selbst heraus zu vollziehen."

Diese Auffassung hat mit irgend welchen Persönlichkeiten oder Eifersüchteleien nichts zu thun, sie ist allein in dem Umstande begründet, daß die Aufgabe unserer Marine in der Armee sehr wesentlich anders beurtheilt wird als von den Officieren der Flotte. Die Marine drängt zur weiteren Entwickelung, in ihren Kreisen ist die Ansicht wohl nahezu alleinherrschend, daß dazu vor allen Dingen die volle Selbstständigkeit nothwendig sei. Aus dem Umstande, daß Infanteriegenerale an die Spitze der Admiralität gestellt werden, wird die Folgerung gezogen, daß die Flotte der Armee im Grunde subordinirt, und daß die Entwickelung der Flotte von den Ideen des Generalstabes des Heeres abhängig sei. Die infanteristische Auffassung neigt leicht dazu, die Bedeutung der Flotte zu unterschätzen, sie erkennt ihr höchstens eine beschränkte Rolle in der Küstenvertheidigung zu, sie perhorrescirt den Gedanken einer Schlachtflotte und hält die Ausfallschiffe für alle Fälle für genügend; die Flotte fürchtet dagegen einen Zustand der Stagnirung, der es den Marinemächten zweiten und dritten Ranges in Zukunft ermöglichen könnte, mächtiger zur See zu werden, als Deutschland es in diesem Augenblicke ist. Das Wohlwollen und der Eifer des jeweiligen, der Armee angehörigen Chefs der Marine sind selbstverständlich außer Stande, die principiellen Differenzpuncte über die Aufgabe der Flotte auszugleichen, und ohne Zweifel wird der Kampf der Meinungen darüber noch lange hin und her schweben. Wir sind der Ansicht, daß im Grunde Vice-Admiral Batsch diesem Kampfe zum Opfer gefallen ist, und wir machen kein Hehl daraus, daß wir diesen Verlust für einen schweren halten. Von all den Admiralen, welche im Laufe von zehn Jahren in den Ruhestand getreten sind, hat kein ein Einziger an der Organisation und Ausbildung der deutschen Flotte einen so hervorragenden Antheil als Batsch gehabt. Schwerlich würde Herr v. Stosch die große Umwälzung so schnell und glücklich vollzogen haben, wenn er nicht in den schwierigsten Dingen den Beirath von Batsch gehabt hätte.

* „Die zunächst unfruchtbaren Erörterungen, welche in letzter Zeit über das **Reichseisenbahnproject** in den Zeitungen angestellt wurden, sind doch mittelbar nicht ganz ohne Nutzen gewesen. Sie haben die Unbrauchbarkeit der **Centrumspartei** für die Durchführung irgend eines nationalen Gedankens zur rechten Zeit wieder einmal ins Licht gestellt; sie haben den Freunden der Verstaatlichung wieder vor Augen geführt, daß das Ziel erst erreicht ist, wenn sämmtliche Eisenbahnen Deutschlands sich in der Hand des Reiches befinden, sie haben die Gegner der Staatsbahnen und der Reichsbahnen daran erinnert, daß die Bewegung, welche eingeleitet ist, nun unter allen Umständen unaufhaltsam weiter geht und daß es besser ist, sich der Lawine nicht erst in den Weg zu stellen; sie haben aber vor allen Dingen die außerpreußischen Staatsbahn-Verwaltungen gemahnt, das Ende und den eigenen Vortheil zu bedenken. Höchst bemerkenswerth ist in letzterer Beziehung der Umschwung der Stimmung, welcher anläßlich dieser Erörterungen in **Bayern** unverkennbar zu Tage getreten ist. Selbst ein Blatt der Patriotenpartei hält mit dem Bekenntniß nicht zurück: „Man glaubt in Bayern selbst, daß den Reichseisenbahnen nicht mehr auszuweichen ist." In welchem Maße das eigenste Interesse Bayerns — neben den großen nationalen Interessen politischer und wirthschaftlicher Natur — für die Vereinigung der deutschen Eisenbahnen unter einheitlich geregelter Verwaltung spricht, finden wir in vortrefflicher Weise in der „Süddeutschen Presse" auseinandergesetzt, welche sich dabei in ziemlich bestimmter Form auf die im bayerischen Eisenbahnministerium obwaltenden Auffassungen beruft. Man denke dort, schreibt sie, über die Eisenbahnfrage weniger ängstlich, als vielfach angenommen werde, und sei sich bewußt, daß man früher oder später werde wählen müssen zwischen einem enormen Deficit oder einem Cartell, wenn nicht einem noch engeren Verhältniß zu den preußischen Bahnen. Würden die preußischen Staatsbahnen, meint das genannte bayerische Blatt ferner, in Verbindung mit den Reichsbahnen eine minder nobele Concurrenz belieben, dann dürften einige Staats- und Privatbahnen anderer Staaten sich längst nach der rettenden Uebernahme durch das Reich gesehnt haben. Es lasse sich der Zeitpunct voraussehen, in welchem die Frage des Reichseisenbahnsystems auch von den bayerischen Steuerzahlern mit wohlwollendem Verständniß behandelt werden würde. Ob der Ausweg eines Cartells, welchen die „Süddeutsche Presse" der bayerischen Regierung anempfiehlt, vom Standpunct einer ihre Aufgaben ganz erfüllenden Reichseisenbahnpolitik annehmbar erscheinen kann, wollen wir einstweilen nicht erörtern. Jedenfalls läßt sich den Erwägungen, von denen das genannte Blatt ausgeht, eine hohe Berechtigung nicht absprechen. Daß die Reichsregierung im gegenwärtigen Augenblicke es ablehnt, das Reichseisenbahnproject in irgend einer Weise in den Vordergrund zu stellen, muß entschieden gebilligt werden." — Soweit die „**National-liberale Correspondenz.**" Was die Verhältnisse in Sachsen anbetrifft, so liegen dieselben doch wesentlich anders, so daß man diesen Ausführungen nicht allenthalben beistimmen kann. Der **sächsische Staat** hat sich durch eine kluge Eisenbahnpolitik die Prosperität seiner Bahnen gesichert und dadurch nicht wenig zur Entlastung seiner Steuerzahler beigetragen. Da übrigens jetzt noch nicht die Frage der Reichseisenbahnen reif erscheint und die Reichsregierung selbst dem Gedanken nicht näher getreten ist, so haben wir den Artikel der „Nationallib. Corresp." nur angeführt, um einer Stimme Gehör zu geben, ohne uns selbst in eine Discussion einzulassen.

* Kürzlich hatten wir Veranlassung, eine römische Correspondenz der „**Kreuzzeitung**" zu erwähnen, in welcher auf Grund einer Unterredung mit einem hohen kirchlichen Würdenträger Mittheilungen über die Beurtheilung des gegenwärtigen Standes der Dinge zwischen **Berlin und**